

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 360 M., bei Postbezug monatlich 380 M., Erscheint wöchentlich namts- tags, Einzelnummer 15 M., Sonnabends 20 M., Alle Preise freibleibend, Postkontofree! Amt Bezugs Nr. 16554. Geschäftsstelle: Bäckerstraße 4. Für unerbetene Aufendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenpreis Mittelwertersraum 12 M., und der Spaltenpreis Mittelwertersraum 24 M., Die laufende Monatspublizität wird vom Bezahler auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 50 M. in Zahlung genommen. Ziffergebühr 20 M. Wort besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigen schluß vormittags 10 Uhr. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Batsch

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 281.

Donnerstag, den 30. November 1922.

162. Jahrgang.

Das Ziel der französischen Regierung.

50 Millionen Goldmark.

Nach dem Pariser Korrespondenten des „Manchester Guardian“ ist das Ziel der französischen Regierung, England dazu zu bringen, Deutschland eine Anzahl von fünfzig Millionen Goldmark zu gewähren, welchen Betrag Deutschland an Frankreich abgeben müßte. Die 50 Millionen Goldmark, die Frankreich nach der Uebernahme von Spanien erhalten könne, hoffe es, auf diese Weise zu bekommen.

Keine Zurückziehung der Kontrollkommission.

Unter Frankreichs Einfluß hat England seinen Wunsch, die militärische Kontrolle in Deutschland abzubauen, aufzugeben müssen. Frankreich, das immer für eine Verfestigung eintrat, hat damit zweifellos einen Sieg errungen. Aus London wird gemeldet: „Times“ geben an, daß die alliierten Regierungen eine sehr ernste Ansicht über den Widerstand haben, der den Offizieren der alliierten Militärkontrollkommissionen in Deutschland durch Deutsche bei der Ausübung ihrer Pflicht geleistet werde. „Times“ erklären, daß gegen diese Haltung der Deutschen ernste Vorstellungen durch die Alliierten in einer Note erhoben werden, und fügen hinzu, daß inzwischen die Alliierten beschließen hätten, daß eine Zurückziehung oder Verrückung der Kontrollkommission nicht erfolgen soll. Alle Verhandlungen für eine Ablösung der Kontrollkommission durch kleine Garantiekomitees sind vorläufig abgebrochen worden.

Die Frage der Militärkontrolle in diesem Augenblick wieder aufzunehmen, zeigt nur allzu deutlich die große Unruhe französischer Politik, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der neuen Regierung Guno Schwierigkeiten zu bereiten versucht. Auch auf diesem Wege hofft die französische Regierung, die Unterstützung der deutschen Vorkämpfer zu gewinnen. Man hat dafür ja leider auch ausreichende Anhaltspunkte. Die Welt weiß, daß Deutschland den Abbrüchlichkeiten des Verfallener Verträge loyal nachgegeben ist, und daß kein vernünftiger Mensch an Vertragsbrüchen oder gar an einem Revolutionskrieg denkt. Die militärische Kontrolle des Herrn Klotz dient lediglich als Mittel Frankreichs, sich in die innere Politik des Reiches und der Länder einzumischen, um nach Belieben die Polizeiherrschaft des Staates und deren Autorität zu untergraben.

Der „Frankfurter“ auf den Tisch.

Paris, 29. November. Das „Frankfurter“, das die Beratungen vom Montag in den verbündeten Hauptstädten und in Deutschland erregt haben, scheint hier keineswegs zu den ruhigen. Im Gegenteil, es wird mit unerkennbarem Eifer in die Angelegenheit verwickelt. Dies scheint die Anführung einiger Blätter zu bestätigen, nach denen es Frankreich in erster Linie darum zu tun war, die Welt von seiner „unabhängigen Bestimmung“ zu überzeugen. Das „Journal“ nennt die Beratungen im Eifer einen „Frankfurter“ auf den Tisch.

Der Berliner „Morgen“-Korrespondent erklärt, daß, falls die von Polkner in Aussicht genommene Maßnahme in der Natur der Sache durchzuführen wäre, in Deutschland der Generalkrieg ausbrechen würde und sogar bewaffneter Widerstand im Auftrage unternommen werden könnte. Der Reichstag würde den Vertrag von Versailles förmlich aufzulösen. Die alliierten Kontrollkommissionen würden aus dem Lande vertrieben. Eine „Republik“ würde gegründet werden, die sich dem Widerstand widersetzen würde. In dem Augenblick, da die geheimen militärischen Bestimmungen des Vertrages von Rapallo in Kraft träten, würde Polen von bolschewistischen Armeen angegriffen werden. Deutschland habe in diesen alles Beträuen zu der internationalen Finanz. Man sei überzeugt, daß die Geheimsache der Balkanfrage und der Stadt Erträge einen Druck auf ihre Regierungen ausüben würden, damit diese Frankreich ein Ultimatum zustellen. Die deutsche Großindustrie beglückwünsche sich zu der Markenerklärung, weil die darin das Mittel sehe, den Reparationszahlungen zu entgehen. Die deutsche Großindustrie würde den Nachruß weiterhin bedeuten, solange Deutschland nicht ein mehrjähriges Moratorium erhalte und eine internationale Anleihe ausschließend für Deutschland aufgebracht wäre.

Zur Londoner Ministerkonferenz.

Paris, 30. November. An jenseitiger Stelle wurde am Mittwoch nachdrücklich erklärt, es sei wahrscheinlich, daß Poincaré Ende nächster Woche nach London fährt, um sich mit Bonar Law über die Frage der Brüsseler Konferenz zu unterhalten. Es sei noch nicht sicher, daß Mussolini an diesem Gedankenkreis teilzunehmen werde. Er habe

mitgeteilt, daß er bereit sei, nach London zu reisen, falls er Italien verlassen könne. Die Beilegung des belgischen Winterpräsidenten an dem bevorstehenden Meinungsaustausch sei fraglich. Die Belgier halten die vorherige Einigung Frankreichs und Englands über die Probleme der Brüsseler Konferenz für die wichtigste Vorbereitung der Konferenz; erachtet aber die französisch-englische Vorrede für überflüssig.

Die Äußerung zwischen England und Frankreich wird hoffentlich immer größer. Bonar Law, der mit allen Symptomen für Frankreich seine Regierung antrat, ist jetzt bedenklich. Das ist an sich ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Welt allmählich den Versäumnissen entgegen beginnt. Seine Maßnahmen haben in England auf den belgischen Widerstand. Die Brüsseler Konferenz — das kann man wohl jetzt mit ziemlicher Sicherheit sagen — wird in diesem Jahre nicht mehr zustande kommen. Eine Meldung aus London will nun auch schon wissen, daß sie bis zum Anfang des Jahres 1923 verschoben worden ist.

Die Stellung Italiens zur Reparationsfrage.

Die „Tribuna“ veröffentlicht eine von der Regierung inspirierte Mitteilung, die die Haltung Italiens in der Reparationsfrage darstellt. Die Stellung, heißt es in dem Briefe, das Vorgehen zu betonen, ist ebenfalls als Druckmittel zu betrachten, ohne große Aussicht auf Ausführung zu haben, denn alle militärischen Sanktionen seien bisher unwirksam gewesen. Immerhin müßten sich die Verbündeten zu gemeinsamer Aktion einigen, um zunächst die deutsche Zahlungsfähigkeit festzustellen und alsdann entsprechende Zahlungen wirksam einzutreiben.

Die Folgen des Athener Blutgerichts.

Griechenland von aller Welt verlassen.

Konstantin, 29. November. Am Mittwoch Vormittag ist hier die Beilegung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Griechenland eingetrossen. Es muß damit gerechnet werden, wenn es auch nicht an Bemühungen fehlen wird, diese Konsequenz zu vermeiden. Bisher war weder von der griechischen noch von der englischen Delegation irgend eine Erklärung zu erhalten. Als alle Fälle der Athener Militärregierung Griechenland einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn es ist jetzt in Laune von Freund und Feind verlassen.

Wie die griechischen Minister haben.

Paris, 30. November. Nach einem Telegramm des „Frankfurter“ aus Athen und die vertriebenen Minister der Regierung zu erfragen. Sie wurden gefragt, ob sie ihren letzten Willen widerrufen wollten, geben aber keine Antwort. Gounaris war eben erst von einem Hirnaneurysm befallen. Er hatte nur eine Treppe hinunterzulaufen, um zu der Mutter zu kommen, an der die Beurlaubung aufgehört werden. Alle waren aufgebracht und sehr bleich. Balkas machte mit einem lebhaften Aufschrei sein Monarch ab und klemmte es ins Auge. Stratos sah bitter lächelnd die Soldaten an, die auf das Kommando warteten. Dann richtete er seinen Blick erst auf ein weisses Haus, das dem Hinrichtungsort gerade gegenüberlag. Hier sollte seine junge Frau, der seine letzten Gedanken galten. Der König George, der die Schiffe in einem Hause hielt, war tief betäubt. Er wußte daß diese Militär schiere Folgen für sein Land haben müßte.

Es verlautet, daß die italienische Regierung beschuldigt, ähnliche Maßnahmen wie die der englischen Regierung zu ergreifen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Griechenland soll bevorstehen. Im Senat protestierte der ehemalige Vorkämpfer in Berlin gegen die Militärhinterziehungen in Athen. Ebenso hat die Kammer eine Resolution eingeleitet. Auch der Senat wird wahrscheinlich durch ein ähnliches Dekret gegen den Meuterei-Verbot Stellung nehmen.

Nach hier aus Athen eingelaufenen Meldungen ist das Kabinett Kriolades, das vor drei Tagen demissionierte, in Wirklichkeit von der Militärpartei zum Militär gezwungen worden, weil es einer Hintertreibung der sechs Minister nicht geneigt war.

Widerruf in Lausanne.

Konstantin, 29. November. Bei den Verhandlungen über die Frage der Entmilitarisierung der ägäischen Inseln kam es am Mittwoch in der dafür eingesetzten Unterkommission zu einem Zwischenfall. Alle die Verbündeten auf ihrer Forderung beharrten, neben den Inseln auch einen Mittelmeer zu entmilitarisieren erklärten die Türken, daß sie sich nicht mehr an der Debatte beteiligen würden. Sie verlangten vielmehr, daß diese Frage zusammen mit dem Meerengenproblem behandelt werden, d. h. in Gegenwart der Russen.

Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ in Angora hatte ein Gespräch mit dem Vorkämpfer, worin dieser

Frankreich und Deutschland.

Die Regelung der deutschen Reparationslasten liegt sich immer mehr auf eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland zu. Um erkennen zu können, wie die Ausfühler Deutschlands sind, ist es vor allem notwendig sich für zu machen, von welchen Gesichtspunkten die französische Wirtschaftspolitik geleitet ist.

Die Art der französischen Wirtschaftspolitik charakterisiert sich schon seit Jahrzehnten als durchaus bürokratisch; sie hat sich in keiner Weise den organisatorischen, ledigen und kaufmännischen Fortschritten der anderen Länder angepaßt. Infolge ihrer Schwerfälligkeit ging die französische Industrie der Vorkriegszeit (von einzelnen Ausnahmen abgesehen) immer mehr zurück. Die Franzosen erkannten den Mangel an sich sehr wohl, geben sich aber über seine Ursachen keine Rechenschaft. Aus diesem Grunde war ihr Bemühen nicht darauf gerichtet, die produktive Kraft ihres eigenen Landes zu heben; es beschränkte sich vielmehr darauf, das in Frankreich freierwirdende Kapital nach anderen Ländern zu leiten, um dort durch andere Hände Arbeit für das französische Kapital Renten erarbeiten zu lassen. Besonders offensichtlich wurde dieses Ziel im Verfall der Dittal, dessen Grundrunden in wirtschaftlicher Beziehung keine andere ist, als Deutschland für den französischen Rentnermarkt arbeiten zu lassen.

Zunächst war das Ziel zu erkennen in der Fortsetzung der Wladost aus nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Diese sollte verhindern, daß Deutschland über die von ihm im Ausland aufgekauften Rohstoffe frei verfügen konnte; es sollte vielmehr gezwungen werden, durch das „Loch im Westen“ auf den rest lichtsichtigen Umweg über Frankreich seinen Bedarf zu decken. Als die Wladost aufgehoben werden mußte, ging das Bestreben Frankreichs dahin die deutsche Währung durch alle möglichen Maßnahmen künstlich herabzudrücken, um den Kauf größerer Mengen ausländischer Rohstoffe durch Deutschland zu verhindern, und auf diese Weise immer in Abhängigkeit von Frankreich zu halten. Hand in Hand damit ging das Bestreben einflußreicher französischer Wirtschaftskreise, neben deren Beschäftigungen auch umfangreiche Sachleistungen zu erlangen, um die deutsche Industrie in den Dienst Frankreichs zu stellen und zu verführen, daß auf dem freien Weltmarkt Deutschlands Industrie mit der französischen konkurrieren könne. Das Bestreben, die Wirtschaftspolitik mehr auf die Schwächung der Konkurrenz anderer Länder als auf die Hebung der eigenen Produktivität einzustellen, geht auch aus der Art und Weise hervor, wie Frankreich nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes verfahren ist. So z. B. wurde die eisbahnbauarbeiten durch alle möglichen Maßnahmen dazu veranlaßt, ihr bisheriges Arbeitsgebiet in Deutschland beizubehalten, in der Erwartung, daß im Falle des Abfalls der eisbahnbauarbeiten nach Frankreich die französische Textilindustrie vermöge ihrer unmodernen Wirtschaftsweise sehr bald ins Hintertreffen geraten könne. Nebenbei spielt auch noch ein Rolle der Wunsch, durch die französisch gewordenen eisbahnbau Erfahrungen im Ausland sammeln zu lassen und diese dann für die eigentliche französische Industrie nutzbar zu machen, von der man glaubte, daß sie aus eigener Tatkraft Vorkriegsarbeit für den französischen Außenhandel doch nicht leisten könnte. Auch aus den auf Angliederung der Rheinlande gerichteten Plänen ist der Wunsch zu erkennen, ausländische Investitionen heranzuziehen, um durch fremde Arbeit unter französischen Aufsicht das französische Wirtschaftswesen zu lancieren. Ebenso die Politik der Rohstoffförderung an Deutschland hat den Zweck, eigene Anstrengung die Früchte anderer genießen zu können. Schließlich hat das Bestreben, in Deutschland jeden Luxus unmöglich zu machen, auch wohl noch das Ziel, auf diesem Umwege die deutsche Luxusindustrie zu zerstören und dadurch den gefährlichsten Konkurrenten dieser Industrie zu vernichten.

Eine Veränderung über die Ermäßigung der Reparationslasten kann nur erfolgen, wenn Frankreich seine bisherige Politik der wirtschaftlichen Trägheit aufgibt und sie ersetzt durch eine Politik der durch eigene Arbeit zu bewirkenden Mehrleistungen. Das es in absehbarer Zeit dazu kommen könnte, erscheint außer unwahrscheinlich.

erklärte, daß die türkische Regierung die Uebergabe der Bagdadbahn fordern werde. Sie betradet das Konfession, das diese Bahn erbaute, nicht als eine deutsche sondern als eine türkische Gesellschaft. Sobald die Frage der anatolischen Eisenbahnen auf der Lausanne Konferenz zur Sprache kommen werde, wollen die Türken die Abgabe der Bahn fordern. Sollten aber die Alliierten eine Veränderung im Direktorium und im Eigentumsrechte der Bahn wünschen, so würde die türkische Regierung eine harte Beteiligung bei der Kontrolle und Verwaltung der Eisenbahnen fordern.

Der Silberstein des Freigeigen Herhard Henneke

von A. Klein-Hoffell.

(26)

In dieser Hinsicht würde die Vernehmung der Augenzeugen ja bald Klarheit schaffen. Klarheit?

Es war unbestritten ein Meisterstück, in der belebtesten Straße und im Straßentempel einer zweitausendberzogenen Wagenlampe ein Stempel aus einer soliden Scheibe zu schneiden. Grebe brauchte seine zwanzigjährige Erfahrung nicht zu Hilfe zu rufen, um festzustellen, daß hier kein Anfänger gearbeitet haben konnte. Das hätte Doktor Friedrich Nicolai aber unbedingt sein müssen.

Die Gründe dafür und dagegen schienen einander aufzuwiegen. Was war denn sonst noch da? Das merkwürdige Stück der „Argus“?

Dieser Verdacht war wie eine Seifenblase geronnen, kaum daß er aufgetrieben war. Das war nur ein letzter und seltener Zufall. Dieser alte, schon etwas tapfere Greifer hatte damit ganz gewiß nichts zu tun; er war zudem sofort umgekehrt, um seine Entdeckung dem Schumann mitzuteilen.

Wenn aber dieser schwache Hoffnungstraß verbläste, was dann?

So führte ihn eine einsame Gedankenreihe wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurück.

Da war ja noch die merkwürdige Verwandlung des Doktors, die er am Tage vor dem Diebstahl ausgeführt und die ihn nach der Aussage Ventines fast bis zur Unkenntlichkeit verändert hatte!

Was sollte er machen, wenn die beiden Zeugen ihn in einer Viertelstunde erklären würden, daß sie in dem eiligen Fußgänger ungewisshaft den Verführer der Stadt erkannt hätten?

Dies auf dem Grunde seiner Seele schlummerte der Wunsch, daß sie vorläufig bei ihrem Schweigen verharren möchten.

Er ging mit großen, unwilligen Schritten über den Fahrdamm und kämpfte die Betontrappe des Hofaufstiegs hinauf. Als ihn die nächsten Stufen seines Amtszimmers umfingen und er die auf dem Schreibtisch gehäufte Akten erblickte, erinnerte er sich, daß auch dieser Fall für ihn nichts anderes sein dürfte als ein solches, aller persönlichen Beziehungen entkleidetes Aktenstück.

Mit entschlossener Gebärde setzte er sich an den Schreibtisch und begann sich zu der geschäftsmäßig kühlen Art, mit der man Dinge behandelt, die einen selber nicht angehen.

Kurz darauf kamen die Herren Hegenheide und Hinkel. Nun saßen sie im Dreieck einander gegenüber. Der Kommissar räuferte sich, Hinkel rieb die schmerzlichen, beringelten Finger, und Hegenheide frick mit seiner Bierentlastung über den roten Schmirbelt. Man sah es allen dreien an, daß ihnen die Sache äußerst unangenehm war.

Ein Blick in die beiden Gesichter hatte genügt, um Grebe zu überzeugen, daß seine Befürchtung sich bewahrheiten würde. Ebenso hatten die beiden anderen sofort erkannt, daß der Kommissar ihre zurückhaltende Beobachtung bereits aus den Umständen gefolgert hatte. Infolgedessen nahm das Verhör, wenigstens in seinen Anfangsstadien, auch einen einigermaßen merkwürdigen Verlauf.

„Es hilft mir einmal nichts, meine Herren“, sagte der Kommissar in einem Tone, der viel Neugierigkeit mit einem Stillschweigen hatte.

„Wir hoffen aber nichts Braunes“, widersprach Hegenheide. „Hinkel und ich haben uns unterdessen sehr eingehend geprüfert über das, was wir gesehen haben. Wir sind aber über Vermutungen nicht hinausgekommen, während der Polizei doch gewiß nur mit Tatsachen gebient ist.“

„Oh, da irren Sie, lieber Freund! Wo die Tatsache feststeht, ist die Polizei bereits überflüssig. Ihre Aufgabe ist es ja gerade, von der Vermutung aus den Weg zur Tatsache zu finden.“

„Oh!“ Die Lippe mit dem rotblonden Schmirbelt lag sich bestimmt.

„Das Gefes kann uns doch unmöglich zwingen wollen, Vermutungen von uns zu geben, durch die ein schuldloses Mensch ins Unglück gestürzt werden kann“, meinte Hinkel. „Ich kann als Zeuge doch nur das sagen, was ich weiß, und was ich vermute.“

„Eine Vermutung ist relatives Wissen. Für die Schlussfolgerungen, die der vernehmende Teil daraus zieht, sind Sie weder rechtlich noch moralisch verantwortlich.“

„Hm!“ machte Herr Hinkel. „Tatale Gefesichte!“ murmelte der andere.

„Es hilft nichts, meine Herren. Lassen Sie uns deshalb das, was wir nicht vermeiden können, wenigstens schnell erledigen. Ich gebe Ihnen von vornherein mein Wort, daß ich, was ja selbstverständlich ist, Ihre Mitteilungen so wie diesen Gegenstand mit aller nur möglichen Verschwiegenheit und Schonung behandeln werde. Um die Hauptfahndungstätigkeit so gleich aus dem Wege zu räumen, werde ich auch den Namen nennen, den insubordinieren Sie sich beide scheuen: Sie, meine Herren, haben diese Nacht in der Petermannstraße Herrn Doktor Friedrich Nicolai gesehen!“

Auf diese Behauptung hatte keiner der Jungen etwas zu erwidern.

Wenn Sie nun meine Fragen beantworten wollen, wird die unangenehme Vernehmung bald zu Ende sein. Es war etwa ein Uhr in der vergangenen Nacht, nicht wahr, als Sie durch die Petermannstraße gingen?“

„So spät wird es ungefähr gewesen sein“, bemerkte Hinkel. „Von wo kamen Sie?“

„Aus der „Konfordia“.“

„Sie sahen nun einen Mann in sehr schneller Schritt auf der andern Seite der Straße die entgegengekehrte Richtung verfolgen. In diesem Manne vermuteten Sie den Verführer. Rauchten Sie vielleicht gegenwärtig eine Bemerkung über diesen Zwischenfall aus?“

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am **Dienstag, den 19. Dezember 1922, mittags 12 Uhr** im **Sitzungsraum unserer Bank, Leipzig, Brühl 75/77** und **Richard Wagnerstraße 1** stattfindenden **außerordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tagessordnung:

1. Erhöhung des Grundkapitals um Mk. 400.000.000.— auf Mk. 800.000.000.— durch Ausgabe von 400.000 Stück ab 1. Januar 1923 gewinnanteilsberechtigten Aktien über je Mk. 1.000.— und zwar 100.000 Stück voll einzuzahlenden Stammaktien, 280.000 Stück vorerst mit 25% einzuzahlenden Stammaktien, 20.000 Stück mit 25% einzuzahlenden Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht in gewissen Fällen.
2. Beschlüßfassung über weitere Sonderrechte der Vorzugsaktien sowie Festsetzung der Aktienausgabe-Modalitäten bei Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der alten Aktionäre.
3. Änderungen des Gesellschaftsvertrags: in § 4 (Grundkapitalziffer und Zusammensetzung des Aktienkapitals), § 8 Abs. 2 (Stimmrecht) und letzter Absatz (erforderliche Mehrheit bei Generalversammlungen), § 10 Abs. 2 (Mehrheit bei Satzungsänderungen), § 31 (Änderung der Gewinnverteilung infolge der Vorzugsdividende für Vorzugsaktien sowie durch Erhöhung des Gewinnanteils des Aufsichtsrats).

4. Aufsichtsratswahlen: Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, daß die Aktien zu diesem Zwecke hinterlegt werden bis spätestens am 16. Dezember 1922.
- bei uns in Leipzig oder bei einer unserer Niederlassungen, bei der **Direktion der Disconto-Gesellschaft** in Berlin, Bielefeld, Bremen, Dessau, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, Münster, Stettin, Stuttgart, bei der **Anhalt-Desauerischen Landesbank** in Dessau, bei der **Bank für Thüringen** vormals B. M. Strupp Aktien-Gesellschaft in Meiningen, bei dem **Banner Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.** in Barmen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Köln, Osnabrück, bei der **Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank** in München, bei der **Bayerischen Diskonto- und Wechsel-Bank A.-G.** in Nürnberg, bei der **Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt A.-G.** in Braunschweig, bei der **Norddeutschen Bank** in Hamburg, Hamburg, bei dem **A. Schanitz-Hausenschen Bankverein A.-G.** in Köln, Krefeld, Düsseldorf und Aschen, bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.** in Mannheim, bei dem **Bankhaus Alenburg & Lindemann** in Naumburg a. S., bei dem **Bankhaus Johana Liebke & Co.** in Wien, bei dem **Bankhaus L. Wolfson & Co.** in Aulzig (Eib.)
- Hierdurch wird die gesetzliche Ermächtigung des Aktionärs zur Hinterlegung bei einem Notar nicht berührt. Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlasskarten zur Generalversammlung.
- Leipzig, den 27. November 1922.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Petersen, Schoen, Weißel, Grimm, Wunderlich, Mauritz.



Eine gute deutsche Schokolade

Bekanntmachung.

Gemäß unserer Stromlieferungsbedingungen vom 1. Oktober 1917 und der Ergänzung des § 16 vom 12. September 1922 geben wir hiermit bekannt, daß mit Wirkung ab 1. Dezember d. Js. der normale Strompreis für Licht Mk. 130.— pro kwh für Kraft Mk. 115.— pro kwh beträgt. Großabnehmer erhalten besondere Mitteilungen. Tschelen, den 28. November 1922. Elektrizitätsverband Weipenfel's-Betz. Der Verbandsvorsteher: Scharfberg.

Freiwillige Auktion!

Sonnabend, den 2. Dezember d. Js. vormittags 10 Uhr, verleihe ich im Gasthause „Zur Funkenburg“ in Merseburg öffentlich meistbietend gegen bar u. a.: 2000. Kleiderkasten, Vertikalische, Tisch, neuer Friseur, 2 el. Ventilatoren, Matr., gr. Spiegel in Glas, 2 Handbillsbücher, Grammophon m. Pl., Nähmaschine, Verrenner, lantane Wirtschaftsgegenstände; Kinderpielzeug aller Art; Kleidungsstücke, neue Kleidchen, Schürzen, Hüter, Unterwäsche; Schuhwerk, neue Slippen; Schuppenstuhl, modernes Zittos-Belagarmatratze (Wert über 75000.— Mk.), Pelzjacke; Lederjg., 2 Schoßleier; Wurfspitze, Pfeifenstumpf. Albert Franke, beid. Auktionator.

Achtung! Achtung!

Zahle die höchsten Preise

für

Gumpen, Papier Knochen, Metalle

Alles Eisen, Bücher u. Zeitungen

Kaufe Majchinen u. Abdrück jeder Art. — Auf Wunsch — — — — —

— — — — —

M. Stange

Fildnerstraße 22.

Achtung! Achtung!

Stadttheater Halle
Freitag, abends 7 Uhr:
Die Waise.
Sonntag abds. 7 Uhr:
Peer Gynt.

Beth's Gesellschaftshaus
Im Café:
Täglich Konzert.
Heute:
Gesellschafts-Abend.
Kapelle Putler.

Kleinkunst- und Bühne
Neues Schützenhaus
Sonntag abends 8 Uhr
Das große Fastnachtprogramm.
Günstigster erhaltlicher Kabinett-Künstler.
Jedes viertel Tag Programmwechsel.

Familien-Platzkarten.
Verloht. Eine Frau mit Paul Scheff, Großwangen.
Vermählt. Fräulein Hinkel mit Frau Krüger geborene Schöber, Weipenfel's, Gelehrten-Delitzsch-Str. 55 Jahre. Weipenfel's: Marie Lahnach, 26 J. Weipenfel's: Karl Heiner, Siegelroba; Werner Belle, Schwebitz.

Wohnungs-Tausch.
Herrschaff. 5 Zimmer-Wohnung mit Bad und reichlich Zubehör in Naumburg gegen 3-4 Zimmer-Wohnung in Merseburg per sofort zu tauschen gesucht. Angebote unter N. N. an die Geschäftsstelle dieser Zeitg.

Bei Sonne, Kälte, Schnee und Regen
Muss man die Schuh mit **Pilopfen** pflegen

Vereinigte Theater

Programme von Freitag bis Montag

Kammer-Epikspiele
Der Graf von Monte Cristo!
4 Teil:
Die Geschichte einer jener Unsterblichen, die sich aus dem Sumpfe des Lebens zurückfinden wollen. Hauptdarsteller: Grete Hoffmann, Grete Wolf Müllers.

Modernes Theater
Die große Vögel!
ab: Das Doppelbett ein Halbweiss-2-amer.

Die Geschichte einer jener Unsterblichen, die sich aus dem Sumpfe des Lebens zurückfinden wollen. Hauptdarsteller: Grete Hoffmann, Grete Wolf Müllers.

Dr. Ruhland!
Ergreifend Schauspiel in 5 Akten mit der entzückenden Diane Heib.

168. Bildungsabend.

Montag, den 4. Dez., abds. 8 Uhr im **Siedelgartenkafé**:
Dieberabend
Frau Landesrat Wölke.
Vieder von Schwaben, Schumann, Löwe.
Begeleitung: Herr Lehrer Frick Wulch.
Einleitender Vortrag: Herr Professor Wilhalm.
Eintrittskarten im Herzog Christian.
Die Zeitung der Bildungsabende.

Der ab 16. November
günstige Posttarif
ist übersichtlich auf Karton in unserer Geschäftsstelle zum Preise von **Mk. 12** erhältlich.
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)

Flügel-Pianos gebraucht
kauft und erblietet Angebote möglichst unter Angabe des Fabrikats und Alters des Instruments (Aufkäufer werden nicht gekauft).
C. A. Klemm, Leipzig, Neumarkt 26, Fernr. 22096

Ich suche
für sofort
mobliertes Zimmer
Off. unt. M. T. an die Geschäftsst. dies. Bl.

Herr sucht
mobliertes Zimmer
Off. Angeb. unt. 306/21 an die Exped. des Tagebl.

mobl. Zimmer
gesucht. Angeb. unter S. 4. 372 an die Exped. dieses Blattes.

Sucht gutes Logis
(möglichst allein). Offert. unter M. B. an die Geschäftsstelle erbiten.

Beilage zu Nr. 281 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 30. November 1922

Die Entwicklung der Lage der Arbeiterschaft.

Im großen und ganzen ist es bisher der Arbeiterschaft gelungen, ihre Löhne an die durch die Geldentwertung entstandene Teuerung anzupassen. Wenn auch die Lage der Arbeiterschaft zur Zeit noch verhältnismäßig günstig ist, so machen sich bereits die ersten Anzeichen dafür bemerkbar, daß auch sie in stärkerem Grade als bisher in den allgemeinen Verelendungsprozeß der Volkswirtschaft einbezogen wird. Die Folgen der Geldentwertung, die auf eine zu weitgehende Reparationspolitik und auf die staatliche Papiergeldbetriebswirtschaft zurückzuführen sind, werden allmählich so verheerend sein, daß eine noch stärkere Heraushebung der Löhne sie in Zukunft nicht mehr wird ausgleichen können. Das führt dahin, daß die Lebenshaltung immer mehr eingeschränkt werden, und daß der Rückgang des Verbrauchs zu einer Zurückhaltung in der Ertelung neuer Aufträge führen muß, und in der Tat schon jetzt führt. Dazu kommt noch die aus der Geldentwertung sich ergebende Verschlechterung der finanziellen Lage der Industrie. Wie weit die Dinge jetzt schon gebrochen sind, geht daraus hervor, daß wegen der Geldnot selbst die westdeutsche Eisenindustrie sich zu Betriebserschließungen und Arbeiterentlassungen hat entschließen müssen, trotzdem sie eine der bestbehaltenen Industrien in Deutschland ist. Ganz allgemein kann man sagen, daß bei weiterem Fortschreiten der Geldentwertung, an dem nicht zu zweifeln ist, die Lage der Industrie immer schlechter werden muß. Der Grund dafür ist einfach der, daß man über den glänzenden Papiergewinnen ganz vergessen hat, wie im Laufe der Jahre die Substanz der einzelnen Werke immer stärker in Angriff genommen worden ist. Die Industrie kann deshalb nicht mehr ihre Bestände an Waren und Rohstoffunterteilen auf der früheren Höhe halten. Sie muß ihre Aufträge immer mehr einschränken, ganz abgesehen von der Erneuerungs- und Umbauarbeiten, die wegen der Unmöglichkeit der Beschaffung der nötigen Gelder fast überall zurückgestellt werden mußten. Heutzutage bedeutet Verkauf von Waren eher Verlust als Gewinn. Da aber die Industrie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und zur Ermöglichung der Weiterbeschäftigung der Arbeiterschaft ihre Produkte verkaufen muß, ergibt sich, daß der Verlust auf die Dauer ständig größer werden muß; dieser Prozeß wird nocherdrungen dahin führen, daß eines Tages die Mittel für die Aufrechterhaltung der Betriebe in dem bisherigen Umfange fehlen, daß also Arbeiterentlassungen unvermeidlich werden.

Wie sehen also vor der betrüblichen Tatsache, daß in den kommenden Zeiten ein automatisch größer werdender Teil der Bevölkerung nicht nur von einer Verschlechterung der Lebenshaltung bedroht wird, sondern vor allem auch von Arbeitslosigkeit, deren Folgen auch durch die produktive Arbeitslosenfürsorge, Erwerbslosenfürsorge usw. nur ganz

unzureichend ausgeglichen werden können. Diese Entwicklung wird ganz von selbst die innere Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften untergraben, da auch sie die Verringerung des Reallohnes und die drohende Arbeitslosigkeit nicht werden aufhalten können. Bei immer mehr Arbeitern wird deshalb der Glaube an den gewerkschaftlichen Einfluß schwinden; die Tarifverträge — jetzt das hauptsächlich in Betracht kommende gewerkschaftliche Betätigungsmittel — werden ganz von selbst von der answühlenden Zahl der Arbeitslosen durchlöchernt, die zur Verforgung ihrer Familie jede Arbeitsbedingung werden in Kauf nehmen wollen und müssen.

Die Braugewirtschaft auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet kann an diesem Gang der Dinge nichts ändern: sie wird höchstens die Entwicklung um einige Wochen oder Monate aufhalten. Das einzige Mittel der Abwehr besteht in einer möglichst weitgehenden Einschränkung der Neuausgabe von Papiergeld und in einer Anpassung der Erzeugung an den Bedarf. Wird es z. B. gelingen, die Kohlenförderung zu steigern, dann können die Preise verbilligt und die ausländische Eiseneinfuhr wirksam bekämpft werden. Die freigeordneten Devisen stehen für die Einfuhr von Getreide, Fleisch und Fett zur Verfügung; durch die gesteigerte Ausnutzungsmöglichkeit der Zbonasmehl- und Ammoniakfabriken können der Landwirtschaft mehr künstliche Düngemittel zugeführt werden. Eine Leistungssteigerung bedeutet also Erhaltung der Arbeitskraft und Sicherung der Lebenshaltung.

Sparzwang für Jugendliche.

Die meisten Tarifverträge sehen nur ganz geringe Unterschiede zwischen dem Lohn des ungelehrten Jugendlichen Arbeiters und dem Lohn des alten gelehrten Arbeiters vor. Diese Tatsache ist an sich schon bedauerlich genug. Dazu kommt noch, daß außer ihren hohen Löhnen die Jugendlichen noch eine Menge anderer Vorteile genießen. Stingemessen sei z. B. auf die von sehr vielen Werken unterhaltenen sogenannten Ledigenheimen. In diesen begünstigten und bezahlten die ledigen Arbeiter nur ganz geringfügige Sätze, die bis vor wenigen Monaten noch 50—70 Mark im allgemeinen nicht überstiegen. Gerade die jugendlichen Arbeiter sind in Versammlungen diejenigen, die auf Wohlfaten verzichten und nur ihr „Recht“ wollen. In der Praxis jedoch lassen sie es sich recht gern gefallen, wenn auf Kosten der anderen für die Ledigenheimen Zuschüsse geleistet werden, die sich bei einem einzigen Wert im Spureverbleib allein für den Wohnbereich im Monat August um ungefähr 2½ Millionen Mark belaufen. Wenn eine Wohnverhöhung, die nicht als Entgelt für Mehrleistung, sondern als Abgeltung für die Teuerung durchgesetzt wird, dann werden in den Ledigenheimen die aus der steigenden Teuerung notwendig werdenden Zuschüsse nicht als gerechtfertigt anerkannt, trotzdem sie in der Regel nicht mehr als die Hälfte des durchschnittlichen Mehrverdienstes betragen.

Es ist eine sonderbare Erscheinung, daß die älteren Arbeiter und die Mehrzahl der Bevölkerung, zu deren Löhnen doch die hohen Löhne der Jugendlichen gehen, diese Zustände pro etas mit ansehen. Zum mindesten sollte verlangt werden, daß die Jugendlichen in ihrem eigenen Interesse die Löhne an sich nehmen, die andere jahreslang erhalten haben, ohne unter ihnen zuzummersubscriben. Warum können z. B. die unhalbaren Zustände auf dem Wohnungsmarkt nicht durch Mithilfe der Jugendlichen beseitigt werden, da gerade diese das größte Interesse an einer genügenden Anzahl von Neubauten haben, weil sie in erster Linie auf eigene Wohnung Anspruch erheben. Es wäre durchaus keine unbillige Forderung, wenn ähnlich der früheren Wehrpflicht jetzt den Jugendlichen eine Wohnungsbaupflicht auferlegt würde. Diese könnte darin bestehen, daß die Jugendlichen angehalten würden, entweder in ihrer reichlichen bemessenen Freizeit für die Zwecke des Wohnungsbaus unmittelbar produktiv zu betätigen, oder — falls sie das nicht wollen — bestimmte bare Beiträge zur Verfügung zu stellen. Wenn z. B. einige Jahre hindurch die Jugendlichen von ihrem Lohn einen bestimmten Prozentsatz abführen, so könnten leicht jährlich zehntausende von Neubautungen errichtet werden, auf die diejenigen, die an ihrer Erzeugung sich beteiligt haben, einen Überlassungsanspruch erheben könnten.

Ähnlich verhält es sich mit der Altersfürsorge. Die jetzt arbeitsunfähig gewordenen Leute haben dafür gesorgt, daß die Jugendlichen heranwachsen könnten und sich jetzt ihrer hohen Verdienste erfreuen können. Warum sollen nicht, anstatt der schwerbelasteten Allgemeinheit immer wieder neue Opfer aufzuladen, die Jugendlichen dazu angehalten werden, die Last des Alters zu erleichtern? In Betracht kommt hier auch der Mittelstand, der lange durch seine Steuern den Ausbau des sozialen Deutschlands, von dem die Jugendlichen doch große Vorteile gehabt haben, ermöglichen, der aber jetzt selbst Junger und Entbehrung leiden muß.

Die Verantwortung der Jugendlichen für diese und ähnliche Zwänge wäre nicht nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, sondern sie hätte auch die recht angenehme Nebenwirkung, daß der Teuerung bis zu einem gewissen Grade Einhalt geboten würde. Gerade die Jugendlichen mit ihrem durch eine hohe Entlohnung künstlich gehaltener Verbrauch durch die Teuerung teilweise mit weiter, die in erster Linie wieder auf die Familieneltern und auf andere schwerverringerte Kreise des Volkes zurückfällt. Daß die Jugend, die jetzt in der Genußsucht zu verkommen droht, durch Maßnahmen wie die oben angedeuteten auf den Weg der Pflichttreue zurückgeführt wird, sei nebenher auch noch erhebt.

Die Ostjudenfrage im Landtag.

Berlin, 29. November. Zunächst werde die Ruffe zur Befolungsordnung debattelos in allen drei Lesungen angenommen, damit die neuen Gehälter bereits ab 1. Dezember gezahlt werden können.

Sobann begründete Abg. Kaehler (Deutschn.) die deutschnationale Anfrage, welche Maßnahmen die Regierung gegen die Einwanderung von Ostjuden ergreifen

wolle und ob sie geduldet, unerwünschte Gäste abzugeben und eine stärkere Kontrolle durchzuführen. Meiner Vermutung nach, daß sich die Stimmung gegen die Dithjuden verschärft habe und zwar insbesondere infolge irgendwelcher Agitation. Es handle sich dabei angeblich um ein Berliner Pogrom, denn fast der ganze Schwarm folge über Berlin her. Meiner Ansicht als Beispiel für die Ausweisungen der Revolutionäre vor und nicht Beispiele dafür an, daß selbst sozialdemokratische Persönlichkeiten auf die Schanden dieser unerwünschten Einwanderung hingewiesen haben. Der „Vorwärts“ habe gesagt, für die Dithjuden sei Berlin gewissermaßen nur eine Straße für die Auswanderung nach Amerika. Aber das „Achtstund“, das die Dithjuden in der Grenzabzweigung und am stark überfüllten gebunden gelassen hätten, ist für ihn so besorglich zu sein, daß sie es vorziehen, hier zu bleiben.

Winfiler des Innern über die Frage: Auch die Regierung mehr, da) hier ein ernstes Problem vorliegt. Wir dürfen uns aber nicht von Schlimmungen leiten lassen. Nur gewisser Seite nach: man die Juden für alles wirtschaftliche Elend verantwortlich, aber auch wirtschaftliche Arbeiter seien an den zu verübenden Verbrechen beteiligt. Ähnlich sollen die Juden aus Ungarn ausgewiesen werden, ein großer Teil derselben dürfte sich wohl hierher wenden. Er möchte den Vorkurs darauf aufmerksam machen, daß Deutschland und Preußen die der augenblicklichen Grenzlage, dem Wohnungsangel und der Arbeitslosigkeit diese Flüchtlinge nicht aufnehmen könne. Wenn der Vorkurs diesen Einwänden einen Sinn habe, müsse er hier eingreifen. Sonst deutsche und preussische Interessen eine Verschärfung der Grenze erforderlich machen und soweit es sich um allgemein menschliche Grundrechte handelt, werde er eine Verschärfung des Grenzschutzes einreden lassen. Wir müssen aber auch auf das Ausland Rücksicht nehmen. (1) Wichtigsteins würden in einigen Jahren Millionen deutscher Arbeiter auswandern müssen (1) Wohin? Nach der Berliner Volkszeitung sind im Mai unter 161 222 Ausländern 25 483 Juden gewesen. Der Minister gibt noch Zahlen aus Königsberg und Breslau. Die amtliche Statistik zeigt außerdem eine Abwanderung der Dithjuden vom August bis November. So sind aus dem Ruhrgebiet 5000 Dithjuden nach Frankreich abgegangen. Preußen könne auch in dieser Frage nicht abgesehen. Selbstverständlich sei, daß der Deutsche zuerst Anspruch auf eine einflußreiche Wohnung haben müsse. Aber wir müssen auch bedenken, daß dieses Problem neben den nationalen auch einen gesellschaftlichen Inhalt habe.

Abg. von Eynern (D. Volksp.) führt in der Besprechung der Interpellation aus, daß auch die jüdischen Mitglieder der Reichstags die Einwanderung für wenig erwünscht erachteten. Gerade durch das Eintreten unerwünschter Elemente werde dem Antisemitismus neue Nahrung gegeben. Das sollten auch die Herren auf der äußeren Bank einsehen. Er persönlich sei von jedem Antisemitismus frei, bitte aber, das Wanderungsproblem nach dem Grundgesetz zu behandeln: Wohlthätigkeit beginnt im eigenen Hause.

Abg. Schölem (Nem.) meint, daß hier vor allem eine politische Frage zur Beratung stehe. Das deutsche Kapitalistische Judentum sei selbstverständlich genau so Gegner der ökonomischen Einwanderung, wie Herr Rascher und seine deutschnationalen Freunde. Bei beiden sei lediglich die Standortfrage Ursache ihres Auftretens. Statt auf die ökonomischen Probleme sollte der Minister seine Aufmerksamkeit lieber auf die russischen Wonnarischen lenken.

Abg. Fischer (Dem.): Antisemitismus ist verwerflich. Aber man sollte sich nicht durch die Abwehr des

Antisemitismus dazu verleiten lassen, die Dinge nicht sehen zu wollen, wie sie einmal sind. Das gilt besonders vom Wohnungsproblem. Es handle sich hier um Elemente von fremder Kultur, die der unsrigen nicht gleichwertig ist.

Abg. Vredt (D. Wirtschaftspartei): Seine Partei treibe grundsätzlich keinen Antisemitismus. Aber die Bevorzugung der Ausländer bei den Wohnungen müsse aufhören. Wenn die Volkspartei mit gegen das ökonomische Handeln überlegt, so ist das nicht zu verwundern.

Abg. Dr. Ehn (Soz.): Die Träger des deutschen Gedankens im Osten sind vielfach Juden gewesen. Juden sind den Dithjuden die Herren des deutschen Geistes und deutscher Wirtschaft geworden. (1) Ohne Dithjudentum als Vermittler lassen sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland nicht wieder aufnehmen. Wer freien Handel will, muß auch seine Schranken mit in Kauf nehmen. So schließt, wie Herr Fischer sie darstellt, sind die Dithjuden doch noch nicht.

Abg. Vierter (Hannoveraner) beklagt, daß Leute, die über ein Jahr lang an die Tür des Wohnungsamtes stoßen, ohne Wohnung finden, während Zugewanderte sofort Wohnung erhalten. Säume, die sich zu diesen Zwecken betreiben lassen, gehören ins Budget.

Nachdem Abg. D. u. a. (Basler) nochmals scharf gegen die Einwanderung der Dithjuden gesprochen und Abg. Voehardt (Zur.) die Bevorzugung von Ausländern bei der Zuteilung von Wohnungen kritisiert hat, ist die große Sitzung beendet.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr. Kleine Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau

Gallus und Mudra gegen Köster.

Die Generale von Gallus und von Mudra verwarfen sich in einer ausführlichen Erklärung gegen die Rolle, die der Minister A. Dr. Köster ihnen in einer seiner Antrittsreden bei Schilderung der Ereignisse in den letzten Oktobertagen 1918 anspielt. Beide Generale werden von Dr. Köster sozusagen als Mitverursacher der Entmachtung behandelt, die zu den beklagenswerten Entschüssen der Kabinettsitzung vom 28. Oktober 1918 führten. Sie betonen mit aller Entschiedenheit, daß sie an diesem Tage für die Fortsetzung des Widerstandes in der Antikriegs-Ansicht eingetreten seien, die Sitzung aber mit der bestimmten Empfindung verlassen hätten, daß die „timide Richtung“ den Sieg behalten würde. Demgemäß verwarfen sie sich am Schluß ihrer Erklärung dagegen, durch Tendenzschreiber in eine „Hauptverleumdung“ verwickelt zu werden. „Leidenschaftliche Nachfragen, wie es wenige Tage darauf im Walde von Compiegne unser Schicksal besiegelte, lag uns fern.“ Wenn dieser Vorwurf eines leichfertigen Nachgebens im Walde von Compiegne trifft, braucht nicht hinzugefügt zu werden.

Der Kampf gegen die nationale Jugend.

Der Generalnachrichtens zufolge hat das Provinzialschulrat der Provinz Brandenburg den Schülern der höheren Lehranstalten die Mitgliedschaft im Deutsch-Nationalen Jugendbund verboten, und zwar auf Grund eines Erlasses des preussischen Kultusministers Voeltz vom 4. August d. J., der den Schülern die Teilnahme an parteipolitischen Vereinen und Veranstaltungen verbietet. Nun ist gerade der D. N. J. ein von der Parteipolitik völlig unabhängiger Bund, der weder seinen Sitzungen noch seiner Arbeitstheorie nach sich

irgendwie gegen die Schutzgesetze oder die republikanische Staatsform vergangen hat, wie noch die Aufhebung des Versammlungsverbot durch den Staatsgerichtshof lobend bewiesen hat. Die Erziehung zur Achtung von Gesetz und Staatsautorität ist auch jetzt noch einer der wichtigsten Programmpunkte. Dagegen sind ausgesprochen parteipolitisch orientierte Bünde, wie die der Antiparteien, die sogar den Klassenkampf predigen, nicht verboten. Wir glauben nicht, daß durch solche Verbote gerade die Staatsfreudigkeit, zu der Herr Voeltz doch gerade die Jugend erziehen wollte, erhöht wird. Letzten Endes ist der Minister an einer deutschen Erziehung nationale Verbände doch nur der tertius gaudens — das feindliche Ausland. Diese Richtung dürfte aber weder Herr Voeltz noch seine Unterorgane beschäftigen.

Deutsche Volksgemeinschaft in Sachsen.

Dresden, 28. November. Am Montag abendeten die Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Banken, der Beamten und der Arbeiter einmütig ein gemeinsames Plakat, die Deutsche Volksgemeinschaft in Sachsen, das die schnelle und positive Beseitigung für die Armen und Notleidenden unserer Tage zur Aufgabe hat.

Der oberpreussische Landtag.

Nach dem jetzt veröffentlichten, eingehenden Ergebnis der oberpreussischen Provinziallandtagswahlen werden auch diese Wahlen neben den Reichs- und Landtagswahlen besondere Beachtung, da die Kompetenzen des oberpreussischen Provinziallandtages durch die für Oberpreußen geschaffene Provinzialautonomie einmal weit über das gewöhnliche Kreisgebiet der Provinzialvertretungen hinausgehen, sodann aber auch wegen des sachlichen Inhalts dieser Materie eine überlokale Bedeutung haben. Dem Provinziallandtag beim dem Provinzialparlament wird als erste Aufgabe die Wahl eines Landesparlamentarismus und mit ihm der Aufbau des gesamten Provinzialparlaments obliegen.

Bei einer Mandatsverteilung, bei der das Zentrum 21, Sozialdemokraten 8, Deutsche Volkspartei 7, Polen 5, Deutsche Volkspartei 4, Kommunisten 4, Deutsche Partei 3 Mandate, die Deutsche Partei 1 Mandat erhält, ist die künftige Mehrheitsbildung eine sehr ernste Angelegenheit. Erstmals fällt hier zuerst die schnelle Vertretung der Polen ins Gewicht, da sie mit Herr Kapler als Fraktionsleiter auch bei einer Anhebung an das Zentrum keine Schwierigkeiten bereiten werden, die doch in gewissen Fragen, besonders in der Schulpolitik, nicht immer ohne Gefahren zu betrachten sein würde. Eine mögliche Mehrheitsbildung ergibt sich durch das Zusammengehen des Zentrums mit der Deutschen Volkspartei im Hinblick an die Deutschnationalen Volkspartei, von angesehener des Abganges zahlreicher Wähler nach rechts in der Folge vielleicht im Zentrum eine gewisse Stellung aufbauen könnte.

Die Einigungsberatungen der beiden liberalen Parteien Englands.

Am Montag fand eine Sitzung der Anhänger Lloyd Georges und Asquiths statt. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, um die beiden Flügel der liberalen Partei wieder zusammenzuführen. Von allen Nebenher wurde diese Einigungsbewegung lebhaft begrüßt. Die einzige Schwierigkeit scheint nun noch die Frage der Führerschaft zu bilden. Es heißt aber, Lloyd George sei gewillt, sich Asquith unterzuordnen.

